

GROSSER RAT

Sitzung vom 25. November 2014, Art. Nr. 2014-0687, romm/eb

PROTOKOLL

(GR.14.162-1) Leistungsanalyse; Massnahmen in der Kompetenz des Grossen Rats; Gesetz über die Umsetzung der Leistungsanalyse; Dekret 2 über die Umsetzung der Leistungsanalyse; Dekret 3 über die Umsetzung der Leistungsanalyse; Bericht und Entwurf zur 2. Beratung; Detailberatung und Schlussabstimmung; Antrag auf Unterstellung der Volksabstimmung; Zustimmung

Der Rat fährt fort mit der Behandlung der regierungsrätlichen Vorlage vom 20. August 2014 samt den abweichenden Anträgen der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) vom 6. November 2014 sowie der Fachkommissionen. Der Regierungsrat stimmt diesen Änderungsanträgen teilweise zu. Namens der KAPF nimmt deren Präsident, Pascal Furer, Staufen, Stellung. Die KAPF beantragt Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

Departement Bildung, Kultur und Sport (Fortsetzung)

Massnahme 340-02 Abbau Leistungsbereich Bildung Naturama

Manfred Dubach, Zofingen, stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag auf "Verzicht auf die Massnahme".

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 85 gegen 46 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 340-03 Finanzierung wissenschaftliche Auswertungen Kantonsarchäologie über den Swisslos-Fonds

Kulturgesetz

§ 21 Abs. 2 (neu)

Elisabeth Burgener, Gipf-Oberfrick, stellt den Antrag auf "Ablehnung der Massnahme".

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 94 gegen 38 Stimmen zugestimmt.

Departement Finanzen und Ressourcen

Massnahme 420-01 Optimierung des Case Management

Gesetz über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz; PersG)

§ 29a Abs. 1 und 2 (neu)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Departement Gesundheit und Soziales

Massnahme 533-01 Aufhebung der Pilzkontrolle

Gesundheitsgesetz (GesG)
§ 3 Abs. 1 lit. c (aufgehoben)

Dr. Jürg Knuchel, Aarau, verlangt im Namen der SP-Fraktion die Abstimmung über diese Massnahme.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 84 gegen 48 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 535-01 Einsparungen im Bereich KVG-Prämien

Diese Massnahme schlägt sich in keiner Synopse nieder. Sie setzt sich aus folgenden drei Teilmassnahmen zusammen: Totalrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG), Einführung einer Liste der säumigen Versicherten und Anpassung Dekret über den Anspruch auf Prämienverbilligung (DAP).

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 540-01 Einführung einer Verwaltungsentschädigung bei den Ersatzbeiträgen im Bereich Schutzraumprojekte

Diese Massnahme schlägt sich in keiner Synopse nieder. Sie erfolgt mit der Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz Aargau (BZG-AG), welche im Jahr 2015 dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Antrag Kommission SIK: Ablehnung

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 545-01 Erhöhung Vermögensverzehr bei Altersrentnerinnen und Altersrentnern im Heim

Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung im Kanton Aargau (Ergänzungsleistungsgesetz Aargau, ELG-AG)
Ingress (geändert); § 2a Abs. 1 (neu)

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 83 gegen 46 Stimmen zugestimmt.

Departement Bau, Verkehr und Umwelt

Massnahme 605-01 Verrechnung von Anfragen für die Behandlung von Baugesuchen

Dekret über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren
§ 1 Abs. 1 lit. f (neu)

Antrag Kommission KAPF im Einvernehmen mit dem Regierungsrat: Fehlerkorrektur in Synopse.

Der Massnahme inkl. Fehlerkorrektur in der Synopse wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 605-02 Verrechnung des kantonalen Aufwands für Vernehmlassungen des Bundes in Plangenehmigungsverfahren

Dekret über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren
§ 1 Abs. 1 lit. g (neu)

Antrag Kommission KAPF im Einvernehmen mit dem Regierungsrat: Fehlerkorrektur in Synopse.

Der Massnahme inkl. Fehlerkorrektur in der Synopse wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 605-03 Erhöhung der Obergrenze bei Gebühren für die Behandlung von Gesuchen zur Erteilung von Baubewilligungen

Dekret über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren
§ 1 Abs. 1 lit. a (geändert)

Maya Meier, Staufen, verlangt die Abstimmung über diese Massnahme.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 91 gegen 41 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 615-01 Reduktion Mittel zur Energieförderung 2014–2015

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 615-02 Reduktion Jahrestranche Grosskredite "Förderprogramm Energie"

Diese Massnahme schlägt sich in keiner Synopse nieder. Die beschlossenen Verpflichtungskredite werden mit dieser Massnahme nicht reduziert, sondern die Jahrestanchen zur Auszahlung bewilligter Förderbeiträge werden über einen längeren Zeitraum verteilt.

Martin Christen, Spreitenbach, stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag auf "Verzicht auf die Massnahme".

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 86 gegen 44 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 620-03 Verzicht auf Reduktion der Grundwassernutzungsgebühr für Körperschaften

Wassernutzungsabgabendekret (WnD)
§ 18 (aufgehoben); § 19 Abs. 3 (neu)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 625-03 Bisher kostenlose Dienstleistungen Hydrometrie neu kostendeckend verrechnen

Wassernutzungsabgabendekret (WnD)
§ 3a (neu); § 19 Abs. 3 (neu)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 625-05 Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf einen Einheitssatz von 60 %

Gesetz über die Raumentwicklung und Bauwesen (Baugesetz, BauG)
§ 122 Abs. 2 (geändert) und Abs. 3 (neu); § 169 Abs. 10 (neu)

Maya Meier, Staufien, verlangt die Abstimmung über diese Massnahme.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 85 gegen 43 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 625-07 Befristete Mitfinanzierung von Hochwasserschutzprojekten durch die Aargauische Gebäudeversicherung

Gesetz über die Gebäudeversicherung (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG)
§ 40a Abs. 1 (neu)

Antrag Kommission KAPF: Ablehnung

Der Regierungsrat hält an der Massnahme fest.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 70 gegen 60 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 625-16 Reduktion Gewässerrevitalisierungen

Wassernutzungsgesetz (WnG)
§ 32 Abs. 2 (geändert)

Regula Bachmann-Steiner, Magden, stellt folgenden Antrag: "Mindestens 10 % des jährlichen Wasserzinsenertrags sind für die Renaturierung, Vernetzung und ökologische Aufwertung der Gewässer zu verwenden." (*Beibehaltung geltendes Recht*)

Martin Christen, Spreitenbach, stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag auf "Verzicht auf die Massnahme".

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 79 gegen 45 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 635-02 Verzicht finanzielle Beteiligung Kommunalen Gesamtplan Verkehr

Gesetz über die Raumentwicklung und Bauwesen (Baugesetz, BauG)
§ 54a Abs. 4 (aufgehoben); § 169 Abs. 9 (neu)

Antrag Kommission KAPF: Ablehnung

Der Regierungsrat hält an der Massnahme fest.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 74 gegen 49 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 645-02 Reduktion Ziele Naturschutzprogramm Wald 4. Etappe

Regula Bachmann-Steiner, Magden, stellt folgenden Antrag: "Die vierte Etappe des Naturschutzprogramms Wald wird nicht gekürzt. Die Ziele werden angepasst, der gekürzte Verpflichtungskredit wird auf die ursprüngliche Höhe von 11,4 Mio. Franken aufgestockt."

Martin Brügger, Brugg, verlangt die Abstimmung über diese Massnahme.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 66 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Schlussanträge gemäss Botschaft bzw. Synopse

Antrag 1 wird in der Schlussabstimmung mit 92 gegen 41 Stimmen gutgeheissen.

Robert Obrist, Schinznach, im Namen der Fraktion der Grünen, und Jean-Pierre Gallati, Wohlen, stellen den Antrag, die Gesetzesänderungen der Volksabstimmung zu unterstellen (Behördenreferendum).

In der Abstimmung wird dem Behördenreferendum mit 47 Stimmen zugestimmt. Damit ist die Bestimmung gemäss § 62 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung, wonach ein Viertel aller Mitglieder des Grossen Rats die Gesetzesänderungen der Volksabstimmung unterstellen kann, erfüllt.

Antrag 2 wird in der Schlussabstimmung mit 90 gegen 41 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 3 wird in der Schlussabstimmung mit 102 gegen 32 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 4 wurde bereits in der Detailberatung behandelt.

Beschluss

1.

Der Entwurf des Gesetzes über die Umsetzung der Leistungsanalyse wird, wie aus der 2. Beratung hervorgegangen, zum Beschluss erhoben.

2.

Der Entwurf des Dekrets 2 über die Umsetzung der Leistungsanalyse wird, wie aus der Beratung hervorgegangen, zum Beschluss erhoben.

3.

Der Entwurf des Dekrets 3 über die Umsetzung der Leistungsanalyse wird, wie aus der Beratung hervorgegangen, zum Beschluss erhoben.

4.

Ab 1. Januar 2015 erfolgt die Zustellung der Geschäftsunterlagen an den Grossen Rat in der Regel in elektronischer Form. Botschaften und Synopsen werden weiterhin allen Grossratsmitgliedern per Post zugestellt, sofern sie nicht ausdrücklich darauf verzichten.

5.

Der Beschluss gemäss Ziffer 1 wird gestützt auf § 62 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung mittels Behördenreferendum der Volksabstimmung unterstellt.

Thierry Burkart
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler

(5) Departemente

Staatskanzlei

(2) Rechtsdienst Regierungsrat (Redaktionskommission/Gesetzessammlung)

Staatskanzlei (Kantonales Wahlbüro)

Parlamentdienst